



Unsere Kreistagsfraktion DIE LINKE/Die PARTEI der VI. Wahlperiode: Felix Thier, Maritta Böttcher, Peter Dunkel, Prof. Dr. Rüdiger Prasse, Monika Nestler, Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE), Dr. Irene Pacholik, Anke Scholz, Judith Kruppa und Roland Scharp (v. l. n. r.). Auf dem Foto fehlt Heike Kühne.

GESAMTKOMPLEX HAUSHALT 2021

Die Verwaltungsspitze unter Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) legte im Februar den Haushalt als Entwurf vor und hatte damals schon einige Eckdaten deutlich gemacht: So seien für 2021 über 20 Millionen Euro, teilweise in Kofinanzierung, für Projekte als Investitionen vorgesehen. Darunter fielen Dinge wie die Sanierung von Schulen, Brandschutzertüchtigungen, Herstellung von Barrierefreiheit oder auch energetische Sanierungen.

Bei den Dingen unter Ausgaben wurden exemplarisch der Ortsdurchfahrtsbau in Nuthe-Urstromtal und Radwegbau in den Kommunen Trebbin, Ludwigsfelde und Großbeeren durch den Landkreis erwähnt. Weiterhin geplant seien Investitionen in das Feuerwehrtechnische Zentrum in Luckenwalde, die Volkshochschule, das Straßenverkehrsamt, das Kreisarchiv sowie in Straßen und Radwege.

Mit der in ihrer Höhe umstrittenen Kreisumlage finanziert der Landkreis einen umfangreichen Aufgabenbereich, der aber allen Bürgerinnen und Bürgern in Teltow-Fläming - und damit auch allen Kommunen des Landkreises - zu Gute kommt. Die Unterhaltung von Kultureinrichtungen und Museum gehört dazu, ebenso Volkshoch- und Musikschule. Erwähnt sei auch die Fahrbibliothek, die Kreisstraßen, Flaeming-Skate, der Personennahverkehr (Busse) vom VTF. Als Gewährträger haften die Landkreise für den Bestand der Kreissparkassen - in unserem Fall die MBS. Landkreise sorgen für den Rettungsdienst, kümmern sich um den Schutz der Umwelt, die Beseitigung und Verwertung von häuslichem Abfall, die Einrichtung von Deponien oder Recycling-Anlagen. Der Landkreis ist Träger von elf Schulen. Er ist Träger des Ober-

stufenzentrums an drei Standorten, der Förderschulen und von vier Gymnasien. Nicht zuletzt ist der Landkreis verantwortlich für den Denkmalschutz, die Wirtschaftsförderung, die Förderung der Landwirtschaft oder die Verbesserung des Fremdenverkehrs. Soweit zur Vorgeschichte.

In seiner Sitzung zum Haushalt 2021 befasste sich der Kreistag mit den Einwendungen der Kommunen Jüterbog, Ludwigsfelde, Ihlow, Niederer Fläming und Dahme/Mark, Zossen sowie Niedergörsdorf. Entsprechend der Empfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses wurden alle Einwendungen durch den Kreistag mit übergroßer Mehrheit abgelehnt, wir stimmten ebenfalls mit Nein.

Herzstück der Debatte war der Haushaltsplan 2021, besser gesagt die zur Abstimmung gestellten diversen Anträge zur Senkung der Kreisumlage von aktuell 42 Prozent auf

39 Prozent (Grüne), 37,5 Prozent (Anträge von CDU/BV/FDP/VUB sowie unserer eigenen Fraktion) oder gar auf nur noch 35 Prozent (BVB/Freie Wähler).

Wir als Fraktion vertreten die Ansicht, dass man, natürlich nicht nur in Krisenzeiten, aber hier eben besonders, die von Landrätin Wehlan (DIE LINKE) oft beschworene, und jüngst durch die Bürgermeister*innen und den Amtsdirektor unterstrichene, kommunale Familie hochhalten sollte. Die von uns beantragte Senkung der Kreisumlage als Solidarbeitrag, finanziert aus der Rücklage des Landkreises, ist mit Blick auf den Kreishaushalt keine Hausnummer, die sich fortschreiben lassen wird.

Die Senkung der Kreisumlage von 42 auf 37,5 Prozent ist ein tiefer Griff in die Rücklage. Aber eben

das zeichnet verantwortliches politisches Handeln aus: In Krisenzeiten darf die öffentliche Hand nicht zum Totsparen beitragen, sie muss investieren bzw. dies ermöglichen. Es war daher von Seiten des Kreistages das zu tun, was verantwortliche Politik auszeichnet: die Investitionskraft der kreisangehörigen Gemeinden und Städte und des Landkreises sichern.

Von BVB/Freie Wähler kam der Antrag, die Kreisumlage auf 35 Prozent zu senken. Für unsere Fraktion kann man zumindest sagen, dass unser Antrag solide errechnet wurde und wir uns in keinen Unterbietungswettbewerb begeben wollten. Dafür ist die Lage zu ernst – und es entspräche auch nicht unserem Verständnis von nachhaltiger, seriöser Politik.

Nun ist aber auch BVB/Freie Wähler mit einer Finanzierung ins Feld gezogen: Streichungen bei den Freiwilligen Leistungen des Landkreises. Also z. B. Positionen wie die Beauftragten für Antikorruption, Behinderte, Senior*innen, Integration, Bürgerschaft. Oder Schullandheim, Kreismusikschule, Volkshochschule bzw. Kreismedienzentrum, Sportförderung, Frauenhäuser, das Netzwerk für Gesunde Kinder. Ebenso freiwillig sind die Zuschüsse an die Kinder- und Jugendarbeit des Kreisfeuerwehrverbandes, die Umweltstreife oder das Klimaschutzprogramm des Landkreises. Infrage gestellt wäre durch BVB/Freie Wähler als freiwillige Leistung dann übrigens auch die Fluglärm-schutzberatung. Diese Aufzählung ist bei weitem nicht abschließend,

zeigt doch aber exemplarisch auf, dass die so genannten freiwilligen Leistungen, die nach unserem Verständnis pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben sind, das Leben in den Gemeinden und Städten lebens- und liebenswerter machen.

Im Vorfeld zur Beschlussfassung des Haushaltes äußerte Ludwigsfeldes Bürgermeister Igel (SPD) übrigens in der finalen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses den Wunsch an den Landkreis, eine »mittel- und langfristige Finanzplanung ersichtlich« zu machen. Ja, Herr Igel, der Wunsch ist legitim. Aber in einem Land, wo die Ausfinanzierung der Kommunen von Schlüsselzuweisungen und dem Willen der jeweiligen Parteien der amtierenden Landesregierung abhängt, ist das ein ambitionierter Wunsch. Ihre SPD-Parteigenossin und Finanzministerin will gerade die Finanzgrundlagen kurzfristig zu Lasten der Kommunen ändern. Gerade ist die Verbundquote für die Kommunen in drei Jahres-schritten angehoben worden, da wird ein neues Gutachten bemüht, mit dem über 100 Millionen Euro den Landkreisen, Gemeinden und Städten in Brandenburg jedes Jahr weniger Finanzzuweisungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Mittel- und langfristige Planbarkeit sieht anders aus – von solidarischer Lastenverteilung in Krisenzeiten ganz zu schweigen!

Mit polemischen Blick auf die anstehende Landratswahl am 26. September wurde von anderen teilweise die Frage aufgeworfen, warum die Senkung der Kreisumlage erst in

2021 angegangen wird. Zur Erklärung der Rechtslage: Die Finanzlage ist erst amtlich, wenn sie in Jahresabschlüssen vom jeweiligen Kommunalparlament per Beschluss festgestellt ist. Manch ein Bürgermeister soll diesen Umstand bei den Jahresabschlüssen ja gezielt zum eigenen politischen Agieren bewusst nutzen. Aber das ist ein anderes Thema. Fakt ist: Wir wissen als Landkreis seit letztem Dezember offiziell um die Rücklagen des Landkreises mit dem Paket der Jahresabschlüsse 2015–2017. Und mit Beginn des Jahres 2021 gingen wir an den Haushaltsplan 2021, Punkt. Wir wissen also aktuell um die Lage, aber nicht, wie sie sich am Ende des Jahres darstellt oder konkret in den nächsten zwei Jahren. Wir haben aber heute den finanziellen Spielraum für unseren Landkreis und auch für die Gemeinden und Städte. Genauer für die Bürgerinnen und Bürger, die Menschen in Teltow-Fläming. Um die geht es und dafür sind die Senkung der Kreisumlage und der vorgelegte Haushalt der richtige Weg.

In der Abstimmung votierte der Kreistag dann zu den Anträgen zur Kreisumlage wie folgt:

■ BVB/Freie Wähler: mit großer Mehrheit abgelehnt, wir stimmten geschlossen mit Nein.

■ CDU/BV/FDP/VUB: mit großer Mehrheit angenommen, wir stimmten mit Ja.

■ DIE LINKE/Die PARTEI: mit großer Mehrheit angenommen, wir stimmten mit Ja.

Der Antrag der Grünen hatte sich mit der Annahme der beiden vor-

genannten Anträge erledigt. Der Haushalt in Gänze wurde dann mit sehr großer Mehrheit angenommen, die AfD stimmte mit Nein. Hier hätten wir dann eigentlich einen Alternativvorschlag erwartet, denn wer etwas ablehnt, sollte einen Verbesserungsvorschlag machen – das wäre konstruktiv. Doch den Vorschlag blieb die AfD schuldig.

Noch mehr verwundert hat uns aber die Enthaltung der SPD-Fraktion zum Haushalt. Aber das war dann vermutlich dem Landratswahlkampf geschuldet ... Unsere Fraktion jedenfalls hat dem Haushalt zugestimmt.

Ebenso beschlossen wurde übrigens der Nahverkehrsplan. Vorab versehen mit einem einstimmigen Votum des Nahverkehrsbeirates, in dem alle Kommunen Teltow-Flämings vertreten sind. Der ÖPNV ist zwar den Landkreisen vom Land per Gesetz als Aufgabe übertragen worden – auf eine Regelung zu dessen Ausfinanzierung hat die SPD im Landtag damals allerdings verzichtet. So oder so: Der Nahverkehrsplan – der Ausbau des ÖPNV – ist unseres Erachtens das Kreisentwicklungsbudget für die nächsten Jahre. Und das ist gut angelegtes Geld, weil es hier um Nachhaltigkeit, um Zurückdrängung des Individualverkehrs geht – und damit letztlich auch zum Klimaschutz beiträgt!

Felix Thier, Luckenwalde,
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE/Die PARTEI

SPENDENAUFTRUF ZUM WAHLKAMPF FÜR KONNI WEHLAN!

DIE LINKE ist die einzige der im Bundestag vertretenen Parteien, die keine Großspenden von Konzernen, Banken, Versicherungen und Lobbyist*innen annimmt. Das macht uns unabhängig vom Einfluss Dritter. Wir sind nicht käuflich. Politische Arbeit kostet aber Geld. Infomaterial muss erstellt und gedruckt werden. Das Zusammentreffen mit Bürger*innen auf den vielfältigsten Veranstaltungen muss organisiert und bezahlt werden. Wer möchte, dass DIE LINKE hier noch mehr tun kann, unterstützt uns mit einer Spende. Einmal oder regelmäßig. Besonders freuen wir uns über die Unterstützung unseres Wahlkampfes zur Wiederwahl »unserer« Landrätin Kornelia Wehlan.

Wer sich daran beteiligen möchte, überweist seine Spende mit Namen bitte unter dem Betreff »LRW 2021« auf das Konto der LINKEN Teltow-Fläming bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, IBAN: DE80 1605 0000 3633 0274 15.

JEDER BETRAG HILFT! DANKE.

BERICHT AUS DER APRIL-SITZUNG

Richtlinie zur Ausreichung eines Mobilitätzuschusses für Ehrenamtliche in Teltow-Fläming

Der Kreistag hatte im Februar auf unseren Antrag hin beschlossen, dass der Engagement-Stützpunkt des Landkreises Teltow-Fläming in Eigenregie fortgeführt wird und jährlich 30.000 Euro zur Sicherung des Mobilitätzuschusses für das Ehrenamt bereitgestellt werden. Der Landkreis musste nun für die Ausreichung der Gelder eine eigene Vorschrift schaffen. Deren Formulierung wurde auf Grundlage der in der Richtlinie des Landes festgelegten Zuwendungskriterien erarbeitet, die für die Auszahlung des Mobilitätzuschusses für das Jahr 2020 zur Anwendung kamen – bis die im Land regierenden SPD, CDU und Grünen den Zuschuss strichen.

Die Grünen im Kreistag hatten zur Landkreis-Vorschrift nun Änderungswünsche und wollten den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitern – was allerdings das verfügbare Budget mit großer Wahrscheinlichkeit gesprengt hätte und dem eigentlichen Ziel auch entgegengelaufen wäre. Der Kreistag positionierte sich daher ablehnend zum Änderungsantrag. Im Endergebnis brachte die Abstimmung zur Richtlinie dann ein einstimmiges Ja.

Förderung von sozialen Projekten und Sportvereinen

Die seit Monaten andauernde Coronakrise hat neben der akuten Gesundheitsgefährdung auch weitreichende Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. So zeigt sich, dass die Pandemie soziale Ungleichheiten noch einmal verstärkt. Besonders betroffen sind sozial schwache Familien und Kinder. Hier sollen bestehende Angebote und Präventionsmaßnahmen unterstützt werden. In der Vergangenheit haben gerade auch die Sportvereine ihre besonderen gesellschaftlichen Leistungen nachhaltig unter Beweis gestellt. Sie besitzen wie keine andere Institution eine Gemeinwohlorientierung, haben integrativen Charakter, ein generationenübergreifendes Angebot, bürgerschaftliches Engagement, interagieren auf sozialer Ebene

und identifizieren sich mit ihren Heimatorten und den Menschen. Wie wichtig die sportlichen Angebote für die Menschen sind, hat sich direkt in der besonderen Krisensituation gezeigt. Alle Altersgruppen leiden darunter, nicht wie gewohnt zum Sport gehen zu können. Die Pandemiebedingungen haben mit Home-Schooling und Home-Office dazu geführt, dass der größte Teil des Tages nur in häuslicher Umgebung stattfand. Der Bewegungsmangel führt insbesondere bei Kindern und Jugendlichen zu Unausgeglichenheit, körperlichen Defiziten und späteren psychischen Konsequenzen. Mit Ausreichung der Mittel könnte der Landkreis in der jetzigen Krisensituation das Rückgrat der Sportvereine umso mehr stärken und sich aktiv für eine nachhaltige Sportvereinslandschaft einbringen. Dem hat sich der Kreistag natürlich nicht verweigert und stimmte einstimmig zu.

Kulturförderung – Kulturförderrichtlinie

In den letzten Wochen beschäftigte uns die Kulturförderung noch stärker als sonst. In der aktuellen Wirtschaftskrise ist u. a. den Sparkassen auferlegt, den Privaten bzw. der Wirtschaft zu helfen und daher keine Gewinnausschüttung vorzunehmen. Davon ist auch der Landkreis betroffen, da er als Anteilseigner der hiesigen Mittelbrandenburgischen Sparkasse ebenso von der Gewinnausschüttung partizipierte. Diese floss in den letzten Jahren anteilig auch in die Kulturförderung. Das war mit einer der Gründe, die Kulturförderrichtlinie anzupassen, was einstimmig geschah.

Fortführung der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH

Kurzgefasst: In den Gesellschaftsvertrag der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH wird als weiterer Gesellschaftsgegenstand die Wirtschaftsförderung mit der Spezialisierung Biotechnologie und Biochemie aufgenommen.

Für uns war wichtig, dass mit dem Beschluss eine Antwort zur Frage Wie-weiter mit dem Biotechnologiepark gegeben wird. Ebenso ist der Beschluss ein Signal für den Standort Luckenwalde als Bio-Chemie-Garant. Ein weiterer Erfolg in der Bilanz von Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE). Der Kreistag war einstimmig für die Vorlage.

Petition zum Wildpark Johannismühle und der Falknerei Stubbe

Mit einer umfangreichen Petition wandte sich der Wildpark Johannismühle und die Falknerei Stubbe bzw. dessen Vertretende als Petenten an den Kreistag. Anlass sind unterschiedliche Rechtsauffassungen zwischen den Vorgenannten und Stellen der Kreisverwaltung, welche in diesem Zusammenhang als Untere Landesbehörde(n) agieren. Aktuell laufen dazu auch Auseinandersetzungen vor Gericht, wobei diese Entscheidungen natürlich nicht durch den politischen Raum Kreistag beeinflusst werden können.

Wichtig an der Stelle ist auch, dass bei dem vorliegenden Problem die Kreisverwaltung als Untere Landesbehörde agiert und somit der politischen Beeinflussung bzw. Kontrolle durch den Kreistag nicht unterliegt. Formal sind dem Kreistag hier bei dem Anliegen also die Hände gebunden. Genauer gesagt dürfte sich der Kreistag daher mangels Zuständigkeit nicht einmal mit der Petition befassen. So die rechtliche Wertung und auch Empfehlung der Kreisverwaltung zum Umgang mit der Petition. Eine politische Wertung, und um diese geht es eigentlich nur noch, da primär eine durch Ermessen von Verwaltungsmitarbeiter*innen festgelegte Sicherheitsleistung die Gemüter der Petenten erregt, geht aber sehr wohl. Und hier sind wir der Meinung, dass auch, wenn das Ermessen korrekt ausgeübt und die Sicherheitsleistung angemessen sein sollte, sie doch in Zeiten einer nun schon fast 1,5 Jahre dauernden Wirtschaftskrise falsche Signale setzt und unverhältnismäßig erscheint. Von der großen Politik werden Konzerne gestützt und mit Steuergeld vollgepumpt, hier lässt man kleine Unternehmen ihr knappes Kapital

in Sicherheitsleistungen legen, statt dessen Verwendung zur Rettung der Betriebe zu ermöglichen. Das sind falsche Prämissen. Im Ergebnis einer längeren Debatte im Kreistag gab es dann keine abschließende Entscheidung zur Petition. Der Kreistag verwies den Vorgang zur vertiefenden Erörterung in den Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt. Dieser befasste sich zwischenzeitlich mit dem Thema und nahm erfreut zur Kenntnis, dass beide Seiten wieder miteinander verhandelten.

Prüfung der Leistungsfähigkeit der Unteren Naturschutzbehörde

Die Grünen wollten mit diesem Antrag die Überprüfung der Personalausstattung der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) im Landkreis.

Im Antrag ersichtlich ist, dass von Seiten der Grünen beim Personal bzw. der Aufgabenerfüllung in der UNB mehr erwartet wird. Das ist legitim. Beim Vergleich unter den UNBs in Brandenburg muss man aber wissen, dass damit mehr erwartet wird, als es Standard, bzw. vom Land als für Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung (= Untere Landesbehörde) vorgesehen, ist. Das heißt, das offenbar gewünschte »Mehr« müsste durch mehr Personal für die UNB im kreiseigenen Haushalt zusätzlich abgebildet werden.

Alternativ könnte aber ja auch Brandenburgs Umweltminister Vogel dafür sorgen, dass eine bessere Personalausstattung für die UNBs von Seiten des Landes ermöglicht wird. Dann stellt sich nämlich nicht unbedingt die Frage der zusätzlichen Belastung des kreislichen Haushaltes. Der Landkreis kann nicht alles allein stemmen. Hilfe bei der UNB-Ausstattung durch das Land wäre aber natürlich gern gesehen. Ach so, das hätten wir fast vergessen: Umweltminister Vogel ist übrigens bei den Grünen.

Im Kreistag votierte man zu dem Antrag daher mit Ablehnung. Unsere Fraktion stimmte geschlossen mit Nein.

Felix Thier, Luckenwalde, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

HERR RAUE, LASSEN SIE DIE KIRCHE IM DORF!

Zu den Aussagen des Bürgermeisters der Stadt Jüterbog im Zusammenhang mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts im Kreisumlage-Streit der Stadt Zossen (MAZ vom 1.6.2021), erklärt Felix Thier, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag:

»Über die Angelegenheiten des Kreistages befindet nicht Herr Raue, sondern der Kreistag. Letztendlich geht es um Rechtssicherheit. Trotz aller Formalien zur Abwägung der Kreisumlage

steht ja wohl außer Frage, dass dem Landkreis nach den hiesigen Gesetzen eine Kreisumlage zusteht. Schließlich erfüllt der Landkreis beispielsweise mit seinen Trägeraufgaben für den ÖPNV, die Gymnasien, die Tagespflege, den Rettungsdienst und den überörtlichen Brandschutz wichtige Aufgaben auch für die Jüterboger Bürgerinnen und Bürger.

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass der durch das Verwaltungsgericht Potsdam im November 2020 vorgeschlagene Vergleich für die

Haushaltsjahre 2015 und 2016 die Kreisumlage für die Stadt Zossen auf einen Umlagesatz von 43 statt damals geltender 47 Prozent festzusetzen, gut gewesen wäre. Beide Seiten hatten die Möglichkeit, den Rechtsstreit auch mit Blick auf alle anderen kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu beenden. Vielleicht werten die übrigen Gemeinden und Städte gerade die Ablehnung des Vergleichs Ihr eigenes Agieren als einen »Schlag ins Gesicht«, Herr Raue.

Es kann nicht das Ziel der Bürger-

meisterinnen und Bürgermeister und des Amtsdirektors sein, dass beispielsweise durch eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit des Landkreises das »NordraumBuskonzept« oder der Nahverkehrsplan 2025 nicht umgesetzt werden können. Dem Rotstift würde dann auch die vorgesehene Plus-Bus-Linie von Luckau nach Jüterbog im Studentakt und an den Wochenenden zum Opfer fallen. Herr Raue, lassen Sie die Kirche im Dorf!«

Redaktion

MITEINANDER, NICHT GEGENEINANDER

IN JÜTERBOG TICKEN OFFENBAR DIE UHREN ANDERS

Zunächst stellen wir fest: Es muss zwingend eine Reform der kommunalen Selbstverwaltung auf Bundesebene geben, die verbindlich festlegt, wie die unterschiedliche Leistungskraft von Kommunen in solidarischen Miteinander übergeht. Die Kreisumlage soll dieses Ziel verfolgen, kann es aber nur zum Teil. Auch deshalb wäre die Annahme des Vergleichs in Zossen ein besserer Weg für einen Neuanfang und den Frieden innerhalb

der kommunalen Familie gewesen. Zossen hat sich anders entschieden. Wir wollen eine Lösung auf Augenhöhe durch Dialog, wie es auch Herr Berger, Bürgermeister in Trebbin, sieht. Die Landrätin hat bereits zu einem solchen Dialog eingeladen. In Jüterbog liegt erst seit kurzem der erste Jahresabschluss seit Einführung der doppischen Haushaltsführung vor, für das Jahr 2011. Es ist eigentlich nicht zu fassen, was der Bürgermeister für eine

Rechtsauffassung hat. Die Stadt Jüterbog reicht über Jahre keinen Jahresabschluss zur Prüfung beim Kreis ein, der ja Aufschluss über die konkrete Vermögenslage einer Kommune gibt. Mehrmals, so in der SVV Jüterbog am 28.10.2020, antwortete der Bürgermeister auf konkrete Vorwürfe: »Hätten wir die Jahresabschlüsse seit Jahren, dann wäre die prekäre Situation schon seit Jahren viel deutlicher und wir wären schon seit Jahren nicht mehr

notleidende Kommune. Heißt also, wir hätten in Größenordnungen ganz andere, dramatische Fördersätze bekommen«.

Da werden Jahresabschlüsse zurückgehalten, obwohl sie nach Aussagen des Kämmerers und des Bürgermeisters fertig vorliegen? Was soll man dazu sagen? Wir empfinden das als Betrug.

Fraktion DIE LINKE. in der SVV Jüterbog

AKTUELLES AUS DER BARUTHER POLITIK

WIE SIEHT ES IM RAUM BARUTH AUS?

Ein Radweg nach Zesch wurde seit Jahren versprochen: Die Städte Baruth/Mark und Zossen standen bereit und stellten die Mittel zurück. Der Landkreis trägt seit Jahren nichts zu diesem Projekt bei.

Der Ausbau der Baruther Innenstadt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum scheitert oft an den kompromissunwilligen Einwendungen der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises. Seit drei Jahren soll in Paplitz eine KiTa gebaut werden. Durch die

Bürokratie und den damit verbundenen Zeitaufwand werden sich die Baupreise wohl verdoppeln. Und das »Parade-Beispiel« ist der Wildpark Johannismühle: Alle Politikerinnen und Politiker sagen, dass sie für den Erhalt des Wildparks sind! Ja, und? Einzelne Mitarbeitende der Kreisverwaltung versuchen mit aller Gewalt das Projekt zu sabotieren. Das Rechtsamt z. B. tritt mit markigen Worten auf und erzählt was von der Unzulässigkeit von Petitionen und erlässt rechtswidrige Bescheide,

die erst durch das Landgericht zurückgewiesen werden müssen. In Verbindung mit dem Veterinäramt wollte man sogar den Wildpark noch vor Pfingsten dicht machen. Mein besonderer Dank gilt Felix Thier, Monika Nestler und den anderen Genossinnen und Genossen der Kreistagsfraktion, die wesentlich geholfen haben, unsere Petition zum Erhalt des Wildparks zum Erfolg zu führen und sich im Kampf gegen die unsägliche Bürokratie als Haupthindernis bei der Erhaltung des Parks engagieren.

Fast hätte ich es vergessen: Die vorgenannten Beispiele betreffen Ämter bzw. Verwaltungsbereiche, die seit 2017 von Dietlind Biesterfeld (SPD) als gewählte Beigeordnete des Landkreises verantwortet bzw. geleitet werden. Frau Biesterfeld möchte am 26. September übrigens zur Landrätin Teltow-Flämings gewählt werden.

Jörg Stubbe, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Baruth/Mark, Fraktion DIE LINKE

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag Teltow-Fläming · V. i. S. d. P.: Felix Thier · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 2. Juni 2021 · Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling

Auflage: 1.700 · Juni 2021, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.